UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Preussens Gewerbeförderung und ihre großen Männer

Matschoss, Conrad

Berlin, 1921

Von Friedrich II. bis Beuth.

urn:nbn:de:hbz:466:1-78277

Visual Library

VON FRIEDRICH II. BIS BEUTH

Friedrich II. als Förderer des Gewerbfleißes.

Der Verein zur Beförderung des Gewerbfleißes, von dessen hundertjähriger Geschichte hier zu berichten ist, hat sich als geistigen Schirmherrn den großen Preußenkönig Friedrich II. erwählt. Seit 1825 feiert er den Geburtstag Friedrichs des Großen zugleich mit seinem Stiftungsfest. In den Arbeiten des Vereines und in den Festreden, die an diesem Gedenktag gehalten wurden, kommt der Gedanke immer wieder zum Ausdruck, daß es sich um das gleiche Ziel handelt, das Friedrich II. mit den Mitteln des 18. Jahrhunderts, getragen von seiner überragenden Persönlichkeit, zu erreichen suchte, und das der Verein unter den veränderten Verhältnissen des 19. Jahrhunderts erstrebte: die Beförderung des Gewerbfleißes in Preußen.

1912, zur zweihundertsten Wiederkehr des Geburtstags Friedrichs des Großen, hat der Verein in einer Denkschrift zusammenfassend die großen Friedensarbeiten des Königs, die ihn für alle Zeiten als einen der erfolgreichsten Beförderer des Gewerbfleißes kennzeichnen, eingehend behandeln lassen. Wer diese Arbeiten in ihrem Zusammenhang an sich vorüberziehen läßt, der weiß, daß der König nicht nur ein großer Kriegsheld, Staatsmann, Politiker, Philosoph und Verehrer der schönen Künste war, sondern, daß er in den 46 Jahren seiner Regierung mit eisernem Willen und zäher Tatkraft weitschauenden Blicks die Grundlagen für die industrielle Stellung Preußens und damit Deutschlands gelegt hat.

Als der König 1740 zur Regierung kam, lebten in Preußen auf den 220 000 Quadratmeilen noch nicht 2½ Millionen Einwohner. Frankreichs Bevölkerung wurde damals auf 20 Millionen geschätzt. Am Ende seiner Regierung war aus dem Kleinstaat eine achtunggebietende Macht geworden. Menschen, Land und Geld hat der König planmäßig als Grundlage gewerblichen Fortschritts zu erwerben gewußt. Des Königs Ehrgeiz war es, „im Frieden Provinzen zu erobern". Nicht auf die Zahl der Quadratmeilen kam es ihm an, sondern darauf, was diese Quadratmeilen des Landes zu erzeugen vermochten. So wird der König zum großen Kolonisator. Im Kampf mit Sumpf und Moor gewinnt er den Sieg. Mehr als 1200 Dörfer und Vorwerke hat er neu gegründet.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Neben der Landwirtschaft wollte er nicht minder Handel und Industrie entwickelt sehen. Die Industrie nennt der König die Säugamme des Landes und den Handel die lebendige Seele des Staates. Den Ländern will er nacheifern, in denen die Industrie „die Grundfeste des Handels und der Handel der Geschäftsmann der Industrie" sei. Ein blühendes Gewerbe- und Manufakturwesen soll ihm die Mittel schaffen für die wirtschaftliche Machtstellung, die er seinem Staat erobern und erhalten wollte.

Wenn man im 18. Jahrhundert von Industrie und Gewerbe sprach, dachte man in erster Linie an die Textilindustrie. Als der Minister von Hertzberg 1785 am Geburtstage des Königs in der Akademie das Ergebnis der großen industriellen Tätigkeit Friedrichs des Großen zu ziehen versuchte, stellte er fest, daß die Zahl der industriellen Arbeiter bereits 165 000 betrüge, und daß der Wert der Produktion auf 30 Millionen Taler gestiegen sei. Von diesen 165 000 in der „nationalen Industrie" Beschäftigten kamen nicht weniger als 151 000 auf die Textilindustrie mit über 22 Millionen Taler Jahresumsatz. Auf die Eisen- und Metallindustrie, an die wir heute in erster Linie denken würden, kamen nur 3000 Beschäftigte mit zwei Millionen Taler Jahresumsatz. In der Tabak- und Zuckerindustrie waren ebenso viele Menschen wie in der Eisen- und Metallindustrie tätig, und sie machten noch eine Million Taler mehr Umsatz. Kennzeichnend war auch, daß in den Manufakturen in Gold, Silber, Spitzen und Stickereien, also in der ausgesprochenen Luxusindustrie, nicht weniger als 1000 Arbeiter beschäftigt wurden. Aber Friedrich II. hatte sich nicht auf diese alles andere überwiegenden Teile der nationalen Industrie beschränkt, er hatte planmäßig versucht, auf den denkbar verschiedensten anderen Industriegebieten bahnbrechend tätig zu sein. Nahrungs- und Genußmittelindustrie suchte er zu verbessern, in der Papierindustrie eiferte er ausländischen, bisher unerreichten Vorbildern nach.

Die Förderung des Berg- und Hüttenwesens.

Vor allem erkannte er auch die Bedeutung der auf den Rohstoffen des Landes sich aufbauenden Berg- und Hüttenindustrie. Hier berührte sich die Forderung des Feldherrn, sich in der Bewaffnung seiner Armee vom Ausland unabhängig zu machen, mit dem Wunsch des großen staatlichen Unternehmers, diesen wichtigen Industriezweig im eigenen Lande zu Blüte zu bringen. In Eberswalde versuchte er, eine große staatliche Kleineisenindustrie ins Leben zu rufen. Die primitiven Hüttenwerke in der Mark und anderen Teilen des Landes, die das überall zu findende Raseneisenerz verarbeiteten, wurden verbessert und erweitert. Mit seinen großen Mitarbeitern, Freiherrn von Heinitz und Graf von Reden, schuf er „am Ende des Reiches", in Oberschlesien, die Anfänge einer Großindustrie, wie sie damals in der Welt nur noch in England, dem Mutterlande der neuen Technik, zu finden waren. Jetzt, wo ein furchtbares Geschick dem deutschen Volke den Besitz dieses

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

allein durch deutschen Fleiß und deutsche Tatkraft aus unwirtlichem Waldland zur blühenden Industrieprovinz gewordenen Landesteils streitig machen will, ist es am Platze, auch hier kurz die Erinnerung an die Großtaten jener Zeit wachzurufen.

Die Entstehung der oberschlesischen Großindustrie.

Schon 1741 hatte der König, als er von Schlesien Besitz nahm, jeden aufgefordert, sich ungescheut zu melden, wenn er etwas Vernünftiges und Ersprießliches in Bergwerkssachen vorzubringen habe. Die Aufforderung hatte wenig Erfolg, denn es fehlte überall an Fachleuten. Nur Abenteurer und Plänemacher der merkwürdigsten Art drängten sich zu den ihnen aussichtsreich erscheinenden staatlichen Stellungen, die sie dem König empfahlen einzurichten und mit auskömmlichen Pensionen zu bedenken. Die Pensionen interessierten einige dieser Herren besonders, und einer riet dem König, sie ihm auf die Stifter und Klöster anzuweisen, das schien ihm sicherer als die weit entfernte Staatskasse in Berlin. Ein Glogauer Arzt führte als einzigen Befähigungsnachweis für die technischen Leistungen, die von ihm verlangt wurden, seinen „Patriotismus" an.

Die Eisenindustrie in Oberschlesien war noch am Anfang ihrer Entwicklung. Bis 1721 gab es nur einfachste Rennfeuer. In diesem Jahre wurde der erste kleine Hochofen in Betrieb genommen. 1750 zählte man bereits 14 solcher Hochöfen, aber nur 1100 t Roheisen konnte Oberschlesien jährlich liefern. In Malapane und Kreuzburg errichtete man die ersten Hüttenwerkanlagen mitten im riesigen Waldgebiet, dessen Holzreichtum man für die Eisenwerke mit ausnutzen wollte. Aus Brandenburg, aus Sachsen, aus dem Harz holte sich der König die ersten Ansiedler. Bald konnte man mit den Überschüssen dieser Werke daran denken, neue zu errichten.

Ins Große aber ging diese Entwicklung erst, als der König am 7. April 1777 den Freiherrn von Heinitz, den großen Industrieminister Deutschlands, in seine Dienste nahm. Ihm gelang es, in dem aus Hannover stammenden Grafen von Reden einen kongenialen Mitarbeiter zu gewinnen, der sich die Förderung des oberschlesischen Berg- und Hüttenwesens zur Lebensaufgabe stellte. Graf Reden wird mit Recht der Schöpfer der oberschlesischen Montanindustrie genannt. Heinitz bereiste Schlesien. Die ausführlichen Berichte, die er dem König brachte, zeugen von der Gründlichkeit, mit der er und Reden ihre Arbeiten anpackten. Aus den Berichten entstand 1778 ein weitgedachter Plan für die Verbesserung des Bergbaus. Nicht weniger als 200 Familien, sächsische und Harzer Berg- und Hüttenleute, wollte Heinitz in das Land ziehen. Er versprach dem König, aus dieser Provinz, in der sich die Natur übertroffen habe, eine der wichtigsten des Staates zu machen, was die Bergprodukte anbelange, sobald nur erst geschickte Berg- und Hüttenleute aus Deutschland übergesiedelt wären. Der König ließ sich von anderer Seite Berichte machen, die ihm dasselbe Ergebnis zeigten. Be-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

sonders interessierte ihn auch, den Tarnowitzer Blei- und Silberbergbau wieder aufzunehmen. In Oberschlesien entstand die erste deutsche Großindustrie.

Den damaligen privaten Unternehmern fehlte es an Unternehmungsgeist. Sie hatten keine ausreichenden Geldmittel, um dem Willen zum Großwerden, der in Heinitz und Reden verkörpert war, nachkommen zu können. So entschlossen sich die Minister zum Zusammenfassen der Werke in staatlicher Hand. Zuweilen gingen sie hier weiter, als es dem König zuträglich erschien. Man schlug ihm vor, sogar die braunschweigischen Hütten zu pachten und die Eisenindustrie zu monopolisieren. Aber er will „dem Publico" auch etwas lassen. „Ich sehe garnicht ab, wozu ich alle Eisenwerke an mich kaufen soll." Als Heinitz in einem Bericht vom Jahr 1801 das Ergebnis seiner Tätigkeit zeigte, konnte er auf das Zeugnis von Reisenden, sowohl Engländern wie Deutschen, hinweisen, das dahin ging, daß gerade die oberschlesischen staatlichen Eisenhütten wegen des inneren Zusammenhanges ihrer Anstalten zu einer größeren Vollkommenheit gelangt wären als einzelne englische Hütten.

Die ersten Dampfmaschinen.

Friedrich dem Großen gebührt auch das Verdienst, die Großtat der Ingenieure des 18. Jahrhunderts, die Dampfmaschine, in ihrer Bedeutung klar erkannt zu haben. Er hatte bereits in einem Schreiben an den Minister von Heinitz 1780 auf den großen Nutzen dieser Feuermaschine hingewiesen und eingehenden Bericht darüber verlangt. Drei Jahre später schickte er den Ingenieur Bückling nach England, um die Geheimnisse der Wattschen Dampfmaschine zu ergründen. Von ihm wurde dann für den Mansfeldschen Bergbau die erste von deutschen Arbeitern aus deutschem Material hergestellte Dampfmaschine erbaut, der der Verein deutscher Ingenieur hundert Jahre später, nachdem sie 1785 zum erstenmal ihre hölzernen und eisernen Glieder bewegt hatte, ein Denkmal errichtete. In Oberschlesien konnte man mit den Mitteln der alten Technik sich der unterirdischen Wasser nicht mehr erwehren, und hier waren es wieder Heinitz und Reden, denen es gelang, nicht nur englische Feuermaschinen unter Überwindung der größten Schwierigkeiten nach Oberschlesien zu bringen, sondern die es auch fertig brachten, deutsche Kunstmeister zu erziehen, die nun ihrerseits in Oberschlesien Dampfmaschinen für die verschiedensten Zwecke des Berg- und Hüttenwesens erbauten. In erster Linie ist hier der große deutsche Kunstmeister August Friedrich Holtzhausen zu nennen.

Welche große Bedeutung die durch Friedrich II. und seine Mitarbeiter geschaffene oberschlesische Großindustrie damals hatte, kann man auch aus der Tatsache entnehmen, daß der für die Naturwissenschaften und die Technik so außerordentlich interessierte deutsche Geistesheros Goethe es damals unternommen hat, mit seinem Landesherrn Oberschlesien zu besuchen, um die neue Technik auf sich wirken

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu lassen. Hier hat Goethe 1790 seine erste, vielleicht seine einzige Feuermaschine gesehen, und unter dem Eindruck schrieb er, vom Grafen Reden vor das Werk geleitet, in das Fremdenbuch:

Fern vom gebildeten Menschen, am Ende des Reichs, wer hilft Euch
Schätze finden und sie glücklich zu bringen ans Licht?
Nur Verstand und Redlichkeit helfen, es führen die beiden
Schlüssel zu jeglichem Schatz, welchen die Erde verwahrt.

Die Erziehung zur Industrie.

Alle Machtmittel des absolutistischen Staates, in der Person des Königs verkörpert, hat Friedrich II. in den Dienst der Industrie- und Gewerbeförderung gestellt. Durch Schutzzölle und Einfuhrverbote suchte er die mühsam begründeten Gewerbezweige zu schützen. Die Arbeit im Lande müsse gestärkt und vermehrt werden. Denen, die seine Maßnahmen kritisierten, erwiderte er, der Boden, den er habe, sei schlecht und er müsse deswegen den Bäumen, die er pflanze, Zeit lassen, Wurzel zu schlagen und stark zu werden. „Ich prohibiere so viel ich kann, weil dieses das einzige Mittel ist, daß meine Untertanen sich dasjenige selbst machen, was sie nicht anderswo herbekommen können . . . Mein Volk muß arbeiten und würde faul werden, wenn die Industrie keinen großen Absatz hätte."

Aber nicht nur in Verboten sah er Schutz und Hilfe, er griff auch unmittelbar schöpferisch ein. Er baute den Unternehmern Fabriken, verschaffte ihnen Einrichtungen nach den neuesten Auslandsvorbildern, er warb Arbeiter und Meister aus dem Ausland und stellte sie seinen Unternehmern zur Verfügung. Er sorgte für den Absatz der Erzeugnisse. Im Arbeitszimmer des Königs liefen die Fäden der „nationalen Industrie" zusammen. Die Gesandten des Königs waren zugleich Industrieagenten, denen es an den denkbar verschiedensten kaufmännischen und industriellen Aufträgen nicht fehlte. Privilegien und Monopole wurden den jungen Unternehmungen erteilt, die Gewerbetreibenden auf lange Jahre von öffentlichen Abgaben, vom Militärdienst befreit. Zinsfreie, oft sehr große Vorschüsse wurden gewährt, „an deren wirklich erfolgte Rückerstattung erfahrungsmäßig nicht zu glauben ist", fügte Friedrich II. einmal einem solchen Gesuche hinzu.

Mehr als 60 Zweige der Fabrikation und des Manufakturwesens lassen sich anführen, die der König mit seinen Mitteln zu fördern suchte. Dabei war er sich auch der Schattenseiten vieler dieser Maßnahmen bewußt. Es wäre ihm oft lieber gewesen, dem privaten Unternehmungsgeist manche Gebiete überlassen zu können, aber der war erst in sehr bescheidenem Umfange vorhanden. Große Unternehmer, die sich der König so sehnsüchtig wünschte, mußten erst mühsam erzogen werden. „Ich muß Manufakturen anlegen," klagte einst der König, „das sollte dagegen der Bürger tun." Die Monopole, die er glaubte bewilligen zu müssen, um den zarten Pflanzen, die er dem Boden anvertraute, Zeit zur Entwicklung

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu geben, haben oft allzusehr den Wettbewerb ausgeschaltet. Das hat niemand klarer erkannt als der König selbst, wenn er 1786 der Breslauer Kaufmannschaft schrieb: „Der Monopolist wendet keinen rechten Fleiß und Betriebsamkeit auf die Sache, weil er niemand neben sich hat, der ihm nacheifert. Daraus kommt dann, daß er seine Arbeit negligiret und schlechte Waren macht. Hat er aber einen neben sich, so obligiret ihm das, mehr Fleiß anzuwenden und bessere Arbeit zu machen, jenen nicht vorkommen zu lassen." Man muß die wirtschaftlichen Maßnahmen des Königs aus der Zeit, in der er zu schaffen hatte, heraus beurteilen, um ihnen gerecht werden zu können.

Je tiefer der König in das Problem seiner großen Lebensarbeit eindrang, je älter er wurde, um so mehr wurde er zum Erzieher. Die Grundgedanken, die ihn beherrschten, sind geeignet, auch einem den gleichen Zielen zustrebenden Verein die Grundlage seines Wirkens zu bieten. Der Inhalt des Lebens Friedrichs des Großen war Arbeit für das Gemeinwohl. Die Notwendigkeit, sein Volk zur Arbeit zu erziehen, beherrschte ihn bei allen seinen Maßnahmen. Neben der Pflicht zur Arbeit, die er forderte, wollte er auch dem Anspruch auf Arbeit genügen, indem er neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen suchte. Nicht nur fremde Arbeiter zog er ins Land, Landeskinder wollte er in den neuen Berufen erzogen sehen. Er bezahlte die Kosten für die Ausbildung von Lehrlingen. Er errichtete Spinnschulen, er ließ Bücher und Schriften für Aufklärung und Unterricht verfassen und verteilen. 1772 schrieb der König: „Je älter man wird und je mehr man den Schaden erkennt, den eine vernachlässigte Jugenderziehung der Gesellschaft bringt, um so mehr müht man sich, auf alle mögliche Weise diesem Übelstand abzuhelfen." Die Eltern forderte er auf, sie sollten ihre Kinder davon überzeugen, daß sie nicht in der Welt sind, um zu genießen und bequem zu leben. Den Ehrgeiz hielt er für einen besonders kräftigen Erziehungsfaktor. Vor allem aber sei es ausschlaggebend, die Menschen zum selbständigen Denken und Urteilen zu erziehen. Er spottete über die Fürsten, die das Volk in der Dummheit erhalten wollen, weil sie annehmen, es lasse sich so leichter regieren. Er war der Ansicht, daß es Pflicht des Staates sei, die Menschen zu erziehen; je klüger und einsichtiger die Menschen würden, um so leichter müßte es sein, sie zu regieren.

Der König selbst hat in seinem langen Leben das beste Beispiel für die sittliche Pflicht zur Arbeit gegeben. „Unser Leben ist ein flüchtiger Übergang vom Augenblick unserer Geburt bis zu dem unseres Todes. Während dieser Spanne Zeit hat der Mensch die Bestimmung zu arbeiten für das Wohl der Gemeinschaft, in der er lebt." Wie von sich verlangte Friedrich II. auch von seinen Beamten und von seinem ganzen Volk ein hohes Maß von Pflichtgefühl, Aufopferungsfähigkeit und Arbeitsleistung. Diese Erziehung zur Arbeit, zur Anspannung aller Kräfte hat es allein fertig gebracht, das arme Preußen groß werden zu lassen. „Der Mensch ist für die Arbeit geboren, der Müßiggang macht ihn nicht nur unglücklich, sondern auch schlecht." „Für die Trägen gibt es keine

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Lorbeern. Der Ruhm erteilt sie nur den Fleißigen und Unverzagten."

Am Ende seines Lebens faßte er das Ergebnis aller seiner Bestrebungen in die Überzeugung zusammen, „daß ein Staat, von welcher Art er auch sein mag, nicht bestehen kann, wenn nicht alle Bürger einmütig ihr gemeinschaftliches Vaterland zu erhalten suchen".

Das sind Worte des Königs, die zugleich die Leitsätze für seine Nachfolger in der Förderung des Gewerbfleißes wurden. Diese Grundsätze behalten ihre Gültigkeit auch heute für uns, deren Pflicht es ist, unverzagt durch die furchtbaren Ereignisse, die über unser Volk gekommen sind, an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu arbeiten.

Vom 18. zum 19. Jahrhundert.

Als Friedrich der Große 1786 starb, fühlten die Mitlebenden, daß ein denkwürdiger Teil der Entwicklungsgeschichte mit diesem Leben zum Abschluß gekommen war. Geistiges Umdenken hatte in den führenden Köpfen Europas Platz gegriffen. Man fing an, die bisherigen Autoritäten kritisch zu betrachten, man wollte an alle die hergebrachten Abhängigkeiten nicht mehr glauben. Der geistig seit Jahrzehnten vorbereitete Umsturz kam in Frankreich, in Paris, nur wenige Jahre nach dem Tode Friedrichs zum elementaren Ausbruch. Der Sturmwind der großen französischen Revolution fegte über die Welt. Der große Traum von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit begann die Menschheit zu berauschen.

In der neuen Welt entstand ein neuer Staat, der von sich in Anspruch nahm, auf den neuen Menschheitsidealen sich aufzubauen. Die Republik Frankreich und die Republik der Vereinigten Staaten verbündeten sich. Schicksalsbestimmend wirkten die Ausstrahlungen der französischen Revolution. Niemand konnte sich ihren Einwirkungen entziehen.

In England ging die Entwicklung, dem nationalen Charakter entsprechend, in ruhigeren Formen vor sich, die Wirkung aber war nicht weniger umwälzend. Die Bewegung ging hier Hand in Hand mit den Großtaten der Ingenieure, die im 18. Jahrhundert in England die Grundlagen der modernen Technik geschaffen haben. Die englischen Staatsmänner legten damals das Fundament zum britischen Weltreich. Das Märchenland Indien begann seine Schätze nach der nordischen Insel zu senden. Handel und Industrie sprengten die hergebrachten Grenzen. Das Reich der unbegrenzten Möglichkeiten war damals England. Aus allen Schichten der Bevölkerung strömten kraftvolle Gestalten in den neuen Stand der Unternehmer. Auch die Vertreter der Aristokratie fehlten nicht unter den Männern, die das in Frankreich gepredigte Evangelium von der unbeschränkten Freiheit des Individuums auf das wirtschaftliche Leben übertrugen. Riesengroß war der Erfolg. Neidvoll sahen die Völker auf Eng-

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

land, das zu fast unbegrenzter politischer und wirtschaftlicher Macht sich entwickelte. Die schweren Schatten, die auch damals bereits in dem glänzenden Bild der wirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen waren, wollte man nicht sehen oder suchte sie als schnell vorübergehende Übergangserscheinungen zu entschuldigen.

Das Geheimnis dieses märchenhaften Erfolges britischen Unternehmergeistes suchte der schottische Denker des Aufklärungszeitalters Adam Smith (1723—1790), zu enthüllen. Sein weltberühmtes Buch „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations 1776" untersucht Natur und Ursachen des Reichtums der Nationen. Ein aktuelles Thema, das für alle Interesse haben mußte. So wurde Smith zum Verkünder des wirtschaftlichen Individualismus, zum Prediger des freien Spiels der Kräfte. Die Lehre Adam Smiths schloß sich, wie Schmoller anführt, den großen philosophisch-moralischen Ideen des Jahrhunderts rückhaltlos an und trug den Stempel nüchterner Wissenschaft und empirischer Forschung an sich. „Es wurde zum unwiderleglichen Naturgesetz, daß die vollständige Freiheit des Handels jedem Einzelnen gegenüber gegeben, auch der Allgemeinheit am besten fromme." Für ein Jahrhundert wurde das Buch, wie Schmoller sagt, „zur sammelnden Fahne der Staatsmänner und der Klassen, welche die bürgerliche liberale Tauschgesellschaft mit Freiheit der Person und des Eigentums in Westeuropa voll durchführen wollten".

Die Lehre von Adam Smith wurde für viele zum Rezept, das eigene Land reich und glücklich zu machen. Sein Dogma und sein Optimismus beherrschten für lange Zeit die weitere Entwicklung. Als Beuth in Edinburgh 1823 das Grab von Adam Smith besuchte, schrieb er in seinen Bericht: „Ich schätze mich glücklich, dies Grab gesehen zu haben."

Die große Woge der französischen Revolution war, durch die geniale Tatkraft des Welteroberers Napoleon ins Riesenmäßige verstärkt, über die Länder gebraust und hatte auch das Reich Friedrichs II. zu Fall gebracht. Sehen wir, wie nach dem furchtbaren Zusammenbruch des Jahres 1806 sich die neuen Kräfte regten, um mit neuen Ideen und Gedanken dem alten Ziel, der Förderung des Gewerbfleißes zuzustreben.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

C. F. VOM STEIN
1757 — 1831

G. J. CHR. KUNTH
1757 — 1829

E. L. SCHUBARTH
Gest. 1868

SEVERIN
Gest. 1861

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Im Anfang des 19. Jahrhunderts.

Der Wiederaufbau. Neue Männer — neue Wege.

Der große Reorganisator Preußens, der Mann, der berufen war, den Grundstein zum Wiederaufbau des zusammengebrochenen alten Preußens zu legen, der Staatsmann, dessen große Gedanken uns heute, wo es sich wieder darum handelt, alle geistigen aufbauenden Kräfte für das Wiedererstarken des zerbrochenen Vaterlandes einzuspannen, uns so neuzeitig anmuten, daß wir glauben möchten, sie seien erst aus der heutigen Zeit heraus geboren, war der aus reichsfreiherrlichem Geschlecht entsprossene Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein. Stein wurde am 26. Oktober 1757 auf dem Stammsitz seines Geschlechts in Nassau an der Lahn geboren. Mit 16 Jahren finden wir ihn auf der Universität in Göttingen. Auf Wunsch der Eltern hörte er hier Rechtswissenschaft, interessierte sich aber ganz besonders für englische Verfassungsgeschichte. Von der Juristerei, die er kurze Zeit auch in Wetzlar beim Reichskammergericht näher kennen lernte, hielt er nicht viel. Durch die Masse der Begriffe werde nur das Gedächtnis belastet, der Geist ermüdet und alle Einbildungskraft erstickt. Dieses Steinsche Urteil über den Beruf des Rechtsgelehrten finden wir in einem Freundesbriefe.

Da bot der technische Beruf, in den er durch Preußens großen Industrieminister von Heinitz eingeführt wurde, ganz andere Möglichkeiten, seine Einbildungskraft zu betätigen. In Berlin, in der Zentralstelle, wurde Stein in die technische Verwaltung eingeführt. Ausgedehnte Studienreisen bildeten den damals in erster Linie üblichen Weg, sich technische Bildung anzueignen. Mit 25 Jahren wird Stein von Friedrich dem Großen auf dringende Vorstellung von Heinitz hin schon zum Oberbergrat ernannt. Zwei Jahre später wird ihm die Leitung der westfälischen Bergämter übertragen, nachdem er sich vorher noch sehr eingehend im Bergbau, Grubenbetrieb und Hüttenwesen ausgebildet hatte.

Mit rastloser Energie ging Stein an seine Arbeit, immer weiter darauf bedacht, seine Kenntnisse zu erweitern. 1786 führten ihn große Studienreisen nach England, wo er sich ganz besonders sorgfältig auch um die Dampfmaschine kümmerte. Mit tiefen Eindrücken von der Bedeutung der damals in England so machtvoll emporstrebenden Technik, von der rücksichtslos alle Schwierigkeiten überwindenden Tatkraft eines zur politischen Selbstbestimmung schon früh gelangten Volkes kehrte Stein nach Westfalen zurück. Er hat die 12 Jahre seiner großen technischen Tätigkeit später als die glücklichsten seines Lebens bezeichnet, und besonders gern hat er sich an die Geradheit und Unabhängigkeit der Westfalen, die im Verkehr auch mit den Einfachsten des Volkes sich bemerkbar mache, erinnert. 1795 wurde er zum Präsidenten der Märkischen Kriegs- und Domänenkammer, zwei Jahre später zum Oberpräsidenten der Westfälischen Kammer ernannt, 1804 finden wir ihn als Minister des Akzise-, Zoll-, Fabrik- und Kommerzialwesens. Nach dem Zusammenbruch glaubte

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

man aus Sparsamkeitsgründen, auch der besten Diener des Staates sich entledigen zu müssen, und so wurde Stein am 4. Januar 1807 verabschiedet, um allerdings bereits am 10. Juli wieder berufen zu werden, und jetzt stand Stein vor seiner großen Lebensarbeit. Ohne hier auf Einzelheiten dieser für alle Zeiten in der Geschichte Deutschlands unvergeßlichen Tat näher eingehen zu können, ist es für die vaterländische Geschichte wesentlich, sich der geistigen Grundgedanken zu erinnern, die Stein, seine Mitarbeiter und Nachfolger bei dem großen Werk des Wiederaufbaus Preußen beseelten. Denn der Geist ist es, der auch hier die Tat bestimmt.

Steins Programm war, den Gemeingeist zu erwecken und zu fördern, von dem man bei dem elenden Zusammenbruch Preußens nach der verlorenen Schlacht bei Jena wenig oder gar nichts zu spüren bekommen hatte. Erschreckend für alle, die ihr Vaterland liebten, hatte man wahrnehmen müssen, wie die große Menge des Volkes, als ob sie unbeteiligt an dem Schicksal ihres eigenen Landes wäre, zusah, wie die alles besser wissende Bürokratie und die militärische Kaste, die sich, alten Traditionen bewußt folgend, vom Volk fern hielt, ihren Krieg verloren hatte. Man hatte jeden inneren Zusammenhang mit der Staatsform verloren. Der Staat selbst war in seiner Bürokratie erstarrt, er lebte von der Abwehr neuer Ideen und von der Überzeugung, daß seine Vertreter mehr oder weniger unfehlbar seien. Das Volk hatte zu gehorchen und die Weisheit der Regierenden zu bewundern. Ruhe war die erste Bürgerpflicht. Diese Welt war zerbrochen. Der Weg war frei für die Ideen eines Stein, die darin gipfelten, „die Fesseln zu zerbrechen, durch welche die Bürokratie den Aufschwung der menschlichen Tätigkeit hemmte".

Auch Stein wußte sehr wohl, daß man ohne Beamte, ohne Bürokratie keinen Staat regieren kann; aber neben sie wollte er große, frei schaffende Selbstverwaltungskörper setzen; die Untertanen des Königs sollten zu freien Bürgern des Landes werden, die nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben sollten, an der Verwaltung ihres eigenen Landes teilzunehmen. Stein hat das Wort gesprochen: „Man tötet, indem man die Bürger von aller Teilnahme an der Verwaltung entfernt, den Gemeingeist." Der Weg, diesen Gemeingeist zu wecken, und das war die Lebensfrage für die Reorganisation, führte über die Selbstverwaltung. Aber war das nicht ein gefährlicher Weg? War das Volk denn reif dazu? Mußte man nicht mit der Bevormundung fortfahren, bis endlich eine Generation erzogen war, die die ihr zugedachte Freiheit zu gebrauchen verstand? Steins Mitarbeiter hat als Antwort auf alle diese besorgten Einwände der alten Schule gleichsam als Motto über den ersten Entwurf der Steinschen Städteordnung die Worte gesetzt: „Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt seinen Eifer."

Aber welche Widerstände hatten Stein und seine Mitarbeiter zu überwinden. Er bot den Städten das kostbare Gut der Selbstverwaltung, und niemand wollte es haben. Die Bürger fürchteten nur neue Lasten. Gleich unmündigen Kindern bisher von königlichen Beamten,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

zu denen man mit Vorliebe Invaliden nahm, geschulmeistert, hatten sie kein Zutrauen zur eigenen Kraft. Stein versuchte, durch die Zeitungen den Berlinern klarzumachen, daß die Selbstverwaltung notwendig sei, und daß alle die von ihnen gefürchteten großen Gefahren nicht eintreten würden. Man erinnerte die Berliner an die großen selbstbewußten Bürger der Hansastädte aus der früheren Zeit. Mit eiserner Energie, getragen von der felsenfesten Überzeugung, daß letzten Endes ein Volk nur sich selbst aus tiefster Niederlage zum Aufstieg emporringen kann, hat Stein seinen Gedanken der Selbstverwaltung auch gegen den Wunsch der Beteiligten durchgesetzt. Die Steinsche Städteordnung ist zu einem mächtigen, ausschlaggebenden Faktor der staatsbürgerlichen Erziehung Deutschlands geworden.

Aber Stein blieb nicht bei der Selbstverwaltung der Städte stehen, er wollte den ganzen Staat mit all seinen verschiedenartigen Lebensbetätigungen zum Gemeinsinn erziehen. Konnte er hier an Handel, Gewerbe und Industrie vorübergehen? Er hatte in seinem großen technischen und wirtschaftlichen Arbeitskreis Westfalens noch die im Bergbau vorhandenen Reste alter Selbstverwaltungskörper kennengelernt. Die auf deutschem Boden erwachsenen berufsständischen Organisationsformen schwebten ihm vor. Jetzt hielt er die Zeit für gekommen, aus den großen Berufsständen Selbstverwaltungskörper zusammenzuschweißen, die er „Deputationen" nannte. Diese einzelnen, sich selbst verwaltenden Organe, zusammengesetzt aus den berufensten Vertretern der Wissenschaft, Technik und Industrie, des Handels, der Medizinalverwaltung, der Land- und Fortwirtschaft und der Staatsverwaltung, wollte Stein zu einer Generaldeputation vereinigen und ihr weitreichende Befugnisse für die Verwaltung des Staates geben.

Ein Parlament von Sachverständigen, ein Parlament der praktischen Arbeit, das sollte die Krönung des Reformwerkes sein. Wer erinnert sich nicht, wenn er die Entwicklungsgeschichte der Steinschen Reformideen liest, an alle die vielen heutigen Verhandlungen über den Reichswirtschaftsrat? Geht es hier nicht dem Volk und der Gesellschaft, wie es der einzelne so oft erlebt, der einem Gedanken nachhängt und nicht damit zu Ende kommt, und dann nach Jahren wieder vor die gleiche Frage gestellt, nunmehr der endgültigen Verwirklichung sich näher fühlt? Es scheint, als ob über ein Jahrhundert notwendig war, um den Steinschen Gedanken berufsständischer Selbstverwaltung auch in der parlamentarischen Organisation des modernen Staates zum Durchbruch zu verhelfen.

Die Technische Deputation.

Für uns hier ist es wichtig, den Weg, den der Gedanke der Technischen Deputation im einzelnen genommen hat, kurz zu verfolgen, da von dieser Organisationsform der Weg unmittelbar über Beuth zum Gewerbfleißverein führt.

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Der Gedanke, sich Fachmänner als Sachverständige anzugliedern, hatte schon die Behörde am Ende des 18. Jahrhunderts beschäftigt. Das Manufakturkollegium hatte bereits 1796 eine solche technische Deputation. An der Spitze stand der Geheime Staatsrat Kunth, dem die preußische Gewerbeförderung viel zu danken hat. Als Pastorensohn am 12. Juni 1757 zu Baruth geboren, wurde er mit 20 Jahren bereits zum Erzieher der damals 8 und 10 Jahre alten Wilhelm und Alexander v. Humboldt berufen. Hieraus entwickelte sich ein inniges Freundschaftsverhältnis zu den beiden großen Männern. Von den höchsten Staatsbeamten wurden seine Fähigkeiten besonders anerkannt und ihm die Möglichkeit geboten, im weiten Wirkungskreise auch seine gründlichen Kenntnisse des vaterländischen Kunst- und Gewerbefleißes zu verwerten. Auch Stein erkannte seine Bedeutung und hat ihm Gelegenheit gegeben, auf ausgedehnten Studienreisen seine Kenntnisse zu vertiefen. Von der Bedeutung sachverständigen Rates für die Staatsverwaltung durchdrungen, hat Kunth bereits dieser Deputation die Möglichkeit geboten, wertvolle Dienste zu leisten.

In dem berühmten Steinschen Plan zu einer Neuorganisation der Geschäftspflege im preußischen Staat vom 23. November 1807 finden wir die Notwendigkeit, technische und wissenschaftliche Deputationen einzurichten, besonders unterstrichen. Es gehe nicht weiter an, führt Stein aus, die Verwaltung ausschließlich angestellten Beamten — Geschäftsmänner nennt sie Stein — zu überlassen. „Es ist nicht möglich," heißt es dann, „daß letztere in Geschäftszweigen, welche ganz vorzügliche wissenschaftliche oder technische Kenntnisse erfordern, eine ganz vollendete Bildung haben oder, wenn dieses auch bei ihrem Eintritt in den Dienst der Fall war, sich solche im Drange der Geschäfte erhalten und gehörig mit der Wissenschaft oder Kunst fortschreiten. Daß dieses der Fall sei, gehört zu den Ausnahmen, auf welche nicht gerechnet werden kann. Es entsteht daher gewöhnlich eine unvollkommene Leitung solcher Geschäftszweige, und werden solche auch auf kurze Zeit einmal durch die vorzüglichere Qualifikation eines Geschäftsmannes weiter gebracht, so tritt bald, wenn er abgeht oder veraltet, wieder ein nachteiliger Stillstand ein. Diesem Nachteil läßt sich nur durch die Beiziehung wissenschaftlicher und technischer Männer aus allen Ständen, als Ratgeber der Geschäftsmänner in diesen Geschäftszweigen vorbeugen. Diese selbst als Geschäftsmänner für die preußische Monarchie anzustellen, geht nicht an, da es ihnen oft an der zur Wirksamkeit als wirkliche Diener durchaus erforderlichen Geschäftsbildung fehlt, teils aber auch, weil es ihrer Neigung entgegen ist, und ihre Qualifikation bald im Geschäftsdrange leiden würde."

Natürlich wurden diese bahnbrechenden Grundgedanken damals eifrig besprochen. Stein hob den großen erzieherischen Gedanken, der nach seiner Überzeugung in allen diesen Einrichtungen liegt, klar hervor. Die Staatsbeamten würden durch diese Deputationen enge Fühlung mit den Fortschritten der Wissenschaft und Technik halten können,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

und die Mitglieder der Deputation, die Männer des praktischen Lebens, würden im Umgang mit den staatlichen Behörden Gelegenheit haben, über ihren eigenen Interessenkreis hinauszublicken und ihre Bestrebungen mit den Aufgaben des Ganzen in Einklang zu bringen. Wechselseitige Anregung und Erziehung, darauf kam es Stein an.

Es fehlte nicht an scharfer Kritik. Die Laien, die jetzt mit einem Male mitreden sollten, sah man nicht für voll an. Sie hatten keine wissenschaftliche Bildung und verstanden nichts von Amtsgeschäften. Stein erwiderte, von wissenschaftlicher Bildung habe er gerade bei besoldeten und studierten Verwaltungsbeamten höchst selten etwas gefunden, und „Geschäftskenntnis aber erlange man durch Geschäfte". In der Veröffentlichung über die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörde der preußischen Monarchie vom 16. Dezember 1808 finden wir dann weiterhin Bestimmungen über die Errichtung der technischen Deputation. „Sie soll bestehen aus einigen Staatsbeamten und Gelehrten, Künstlern, Landwirten, Manufakturiers und Kaufleuten, welche die erforderliche wissenschaftliche oder praktische Bildung haben," und ihr Zweck soll sein, „das Wissenschaftliche der ganzen Gewerbekunde in ihren Fortschritten zu verfolgen". An diese Bekanntmachung schlossen sich zwei wichtige Gutachten von den Staatsräten Kunth und Hoffmann, die uns vorzüglich in die Gedankenwelt der damals die Neuzeit vertretenden Staatsmänner Preußens einführen.

Die Frage, wie die Deputation zusammengesetzt werde, war natürlich ausschlaggebend. Kunth dachte an besoldete Mitglieder, weil er fürchtete, daß sonst dieser Sachverständigenrat beim Publikum wenig Vertrauen finden würde. Wolle man aus allen Gebieten Fachmänner berufen, dann würde die Deputation zu groß werden, um noch praktische Arbeit leisten zu können. Nehme man aber besoldete Mitglieder, so werden sie kaum kräftig genug auf das tätige Leben selbst einwirken können. Natürlich müsse diese Behörde in Berlin sitzen. Wie solle man aber von hier aus auf die entfernten Gegenden einwirken? Deshalb sei es nötig, neben der technischen Gewerbedeputation durch Mitwirkung der Regierung „eine Privatgesellschaft zur Ermunterung der technischen Gewerbe zu stiften." Dieser Verein soll sich über alle Provinzen erstrecken. Er soll Kenntnisse und Erfahrungen sammeln und verbreiten. Dies müsse durch eine Zentrale und ein zu verfassendes Gewerbeblatt in erster Linie geschehen. Dieser Verein soll auch Belohnungen aussetzen und auf jede ihm geeignet erscheinende Weise die Gewerbe fördern. Wir sehen, wie Kunth hier bereits 1809 den Gedanken erörtert, neben die behördliche Organisation einen freien, sich selbst verwaltenden Körper, einen Verein, zu setzen. Kunth zeigt sich auch in diesem Gutachten als ein vorsichtiger, das Für und Wider abwägender Staatsmann, der durch seine lange Tätigkeit unter dem alten Regime, erfüllt von den neuen Ideen, besonders geeignet war, als Vermittler zu dienen. Sein Nachruf in den Verhandlungen kennzeichnet seine Persönlichkeit wie folgt:

„Als Staatsrath in die Gewerbesektion des Ministerii des Innern

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

berufen, entwickelte Kunth im Drange der Zeit einen Geist und eine Kraft, welchen jenes ganze frühere Leben nur zur Vorbereitung und Übung gedient hatte. Es galt, bei leeren Staatskassen und gefesseltem Verkehr das vaterländische Gewerbe zu einer Selbständigkeit aufzurichten, deren Möglichkeit in den Jahren des Reichthums und der Macht bezweifelt geblieben war. Zwischen dem Äußersten eines Feuereifers, welcher der Zeit keine Rechte, anerzogenen Begriffen keine Nachsicht gestatten wollte, und einer Erschlaffung, die kleinmüthig nur Hütten aus geretteten Trümmern bauen, nicht im Glauben und Vertrauen den Grundstein einer neuen Veste legen wollte, erreichte Kunths Mäßigung und Beharrlichkeit ihren wohltätigen Zweck. Mit tiefer Kenntnis des Gewerbes verstand er, durch geringe Mittel große Hoffnungen zu beleben. Der Gewerbtreibende, in den glücklichsten Zeiten an unmittelbare Leitung und Unterstützung des Staates verwöhnt, hätte sich verlassen und verloren geglaubt, wenn nicht Kunths milde Persönlichekit ihn aufgerichtet, seine väterliche Theilnahme ihn getröstet, sein fachkundiger Rath ihn ermuntert hätte, in der eignen inwohnenden Kraft zu suchen, was er bisher von äußerer Hülfe empfangen zu müssen wähnte. Nie verkennend, daß die Frucht der Einsicht und Tätigkeit der Gewerbtreibenden aller Klassen, der erzeugenden wie der veredelnden, die Grundlage, nicht der Schlußstein, des Staatsgebäudes ist, verstand er doch den Übergang zur selbstständigen Thätigkeit durch eine Fürsorge zu erleichtern, welche die Meinung gewann, ohne das Vorurtheil und die Geisteträgheit zu bestärken."

Wesentlich temperamentvoller war das zweite Gutachten vom Staatsrat Hoffmann aus dem gleichen Jahr. Er stellt an die Spitze seines Gutachtens den, wie er meint, leider nur zu oft verkannten Satz: „Der unbefangene, allgemein gebildete Menschenverstand ist überall der kompetente oberste Richter." Er spottet darüber, wie in Wissenschaft und Kunst und in den öffentlichen Verwaltungszweigen immer wieder die Neigung bestehe, „das öffentliche Urteil unter dem Vorwand auszuschließen, davon verstände niemand etwas als der Mann von Metier". Was diese unbedingte Ablehnung jeder Kritik für einen Staat bedeuten könne, das habe man ja bei dem militärischen Zusammenbruch Preußens erleben können. Die technische Deputation will er zum Repräsentanten des gesunden Menschenverstandes gegenüber der bürokratischen Geschäftserledigung gestaltet wissen. Die Mitglieder dieser Deputation müßten deswegen Männer sein, von denen man auch in der großen Öffentlichkeit wisse, daß sie von ihrem Fach etwas verstünden. Vor allem müßten sie nach jeder Richtung hin unabhängig sein. Wenn diese Mitglieder auch die Möglichkeit hätten, ihr Wissen und Können zu erweitern, dann solle der Staat ihnen hierzu Gelegenheit geben. Er wolle nicht, daß die Mitglieder der Deputation ihren Beruf aufgeben; sie würden sonst nur Beamte des Ministeriums werden.

Hoffmann hält es für ganz natürlich, daß Männer, „deren eigener Erwerb von ihren Fortschritten in der Wissenschaft oder Kunst abhängt,

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Männer, deren dauerndes Interesse darin liegt, daß die Regierung angemessene Verfügungen über ihr Gewerbe oder Studium erlasse, daß solche Männer werden aufklären und raten können und wollen, wo Aufklärung und Rat gebricht".

„Nur Männer, die, außer den Bureaus gebildet, die allgemeine Übersicht des Faches ohne die konventionelle Routine haben, können unbefangen über die Vorschläge der Bureaus urteilen." Zum Geschäftsbetrieb selbst gehöre durchaus „Routine"; „es gibt sogar Stellen genug, zu denen außer Lesen, Schreiben und Rechnen weiter nichts als Routine gehört. Aber von diesen Routiniers wird nie die Reform ihres Faches ausgehen. Vielmehr verdirbt die Routine, so unentbehrlich sie ist, mit der Zeit jedes Fach unausbleiblich; und es ist daher notwendig, daß von Zeit zu Zeit der gemeine Menschenverstand sie orientiere und in ihre Grenzen zurückweise." Ferner schlug Hoffmann vor, um eine Auswahl „der rüstigsten, tätigsten und wahrhaftigsten Männer" zu haben, solle man die jedesmalige Berufung stets nur auf ein Jahr stattfinden lassen. Man solle jährlich bekanntmachen, wer für dieses Jahr zur Deputation gehöre. Hoffmann fürchtete, daß, wenn man diese Vorschläge nicht berücksichtige, dann die Stellen der Technischen Deputation leicht zu Ehrenpfründen werden würden, und die Anstalt könnte dann zuletzt eine Art von „Hospital" bilden, „wo die traurigsten Überreste weiland tätiger Männer vegetieren".

Man konnte in dieser Zeit des Umsturzes auch seinen Vorgesetzten gegenüber ein offenes Wort wohl sagen. Es ist interessant, daß dieses so gar nicht im bürokratischen Stil abgefaßte Urteil auch dem Minister sehr gut gefiel. „Nicht ohne Vergnügen und Beifall könne man es lesen."

Die Verhandlungen über die Deputation gingen weiter. Vor allem beschäftigte sich Kunth noch eingehend mit den Einzelheiten der Organisation, was zur Folge hatte, daß man ihn selbst zum Direktor machen wollte. Aber Kunth lehnte ab. Er besitze nicht die hierfür ausreichenden wissenschaftlichen Kenntnisse. Vor allem gehöre aber hierzu ein Mann „mit einem inneren Leben, das unermüdet vorwärts drängt, das überall das Nützlichste hervorgerufen, das Vorhandene im Kleinsten und Größten zur Vollkommenheit gebracht sehen will, das bei einer glücklichen Idee die Schwierigkeiten der Ausführung übersieht und nachmals leicht die Mittel findet, sie zu überwinden". Seine zunehmende Krankheit verbiete ihm, sich einer solchen großen Aufgabe noch zu unterziehen.

Am 27. Oktober 1810 wurde die Errichtung der Technischen Deputation für Gewerbe und Handel angeordnet. Es war jetzt der Staatskanzler Freiherr von Hardenberg, der sich darum zu bekümmern hatte. Und auch jetzt noch dachte man an den Steinschen Plan, ein Plenum sämtlicher technisch-wissenschaftlicher Deputationen unabhängig von den „Spezialdeputationen".

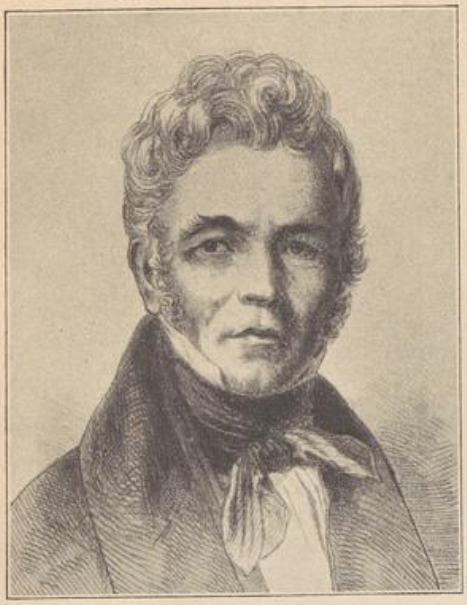
Unter den Mitgliedern werden Hermbstädt, May, Weber, Frank, Eichmann, Wolff, Liebermann Schlesinger genannt. Jeder erhielt jährlich für seine Tätigkeit 200 Reichstaler. Am

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

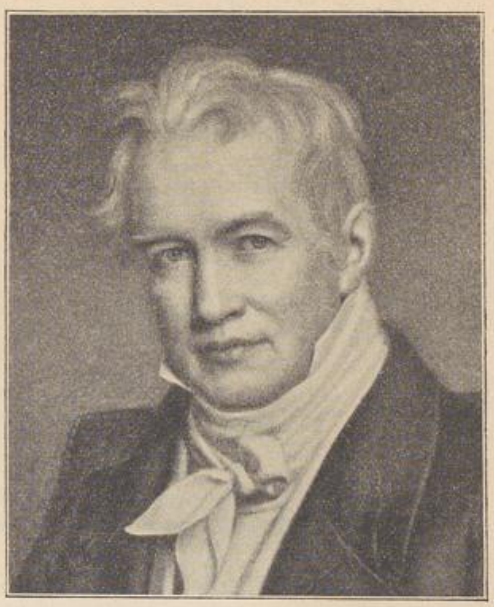
21. Oktober 1811 trat die Technische Gewerbe- und Handelsdeputation zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Die großen Erwartungen, die man an diese Deputation geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Sie scheint ein mehr geruhsames Dasein geführt zu haben. Von irgendeiner Initiative wissen die Akten nichts zu berichten. Man hat von einer solchen durch behördliche Verfügung eingesetzten Behörde gleich allzu viel erhofft und mag auch in der Wahl der Mitglieder nicht besonders glücklich gewesen sein. Hierzu kommen noch die mehr als bescheidenen Mittel, unzureichende Räume und geringe Bereitwilligkeit der Beamten, dies ihnen ungewöhnliche neuartige Institut zur Bedeutung kommen zu lassen. In einigen Jahren zeigte sich bereits, daß die Technische Deputation reorganisiert werden müßte, wenn sie auch nur in bescheidenstem Umfang die Erwartungen erfüllen sollte, die man mit ihrer Gründung verbunden hatte. Jetzt aber hatte man auch den Mann, der dieser Aufgabe gewachsen war, und das war Peter Christian Wilhelm Beuth.

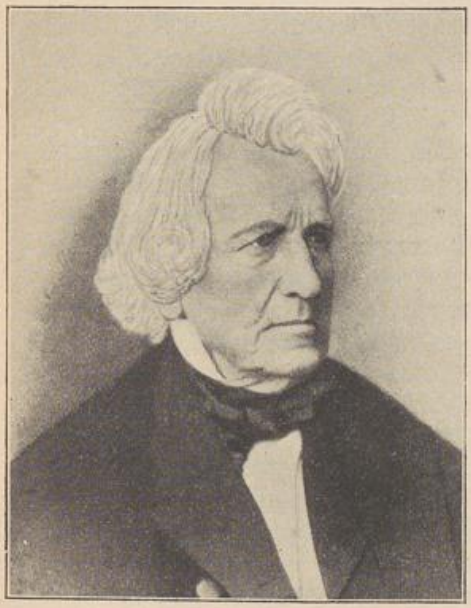
UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN



CARL FRIEDRICH SCHINKEL
1781 — 1841



ALEXANDER VON HUMBOLDT
1769 — 1859



CHRISTIAN DANIEL RAUCH
1777 — 1857

WILHELM VON HUMBOLDT
1767 — 1835

UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN